

# Von Barrierefreiheit zu Freiheit: Der Kampf behinderter Menschen

Seit Jahrzehnten setzen sich Aktivistinnen und Aktivisten für Inklusion und **selbstbestimmtes Leben** ein, zuletzt mussten sie einige Rückschläge hinnehmen. Der heuer erscheinende zweite Nationale Aktionsplan Behinderung (NAP) soll – im Gegensatz zum ersten – endlich substanzielle Verbesserungen bringen. **» VON DUYGU ÖZKAN**

**A**uch Bruno Kreisky kam nicht hinein. Der Rover parkte etwas verloren am Eingang der Hofburg, Kreisky, im dicken Mantel, stand daneben, rundherum hektisches Treiben. Auf dem Boden lag dünner Schnee. Der Eingang zur Hofburg, wo an diesem Jännertag 1981 das von den UN ausgerufenen Internationale Jahr der Behinderten mit einem Festakt eröffnet werden sollte, war blockiert. Von Frauen und Männern in Rollstühlen, sie ließen niemanden durch. Nicht die Landespolitiker, nicht die Sozialpartner, nicht die offiziellen Behindertenvertreter, nicht einmal den Bundeskanzler. Die Stimmung: zornig und aufgebracht. „Wir hatten Zorn auf dieses stabile System“, sagt Volker Schönwiese, „das uns wie Bittsteller behandelt und aussondert“.

## LEXIKON

Der **Nationale Aktionsplan Behinderung 2012–2020** war eine Strategie zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Am Papier mitgewirkt haben Sozialministerium sowie alle anderen Ministerien, die Zivilgesellschaft und Sozialpartner.

Eine Evaluation des NAP hat ergeben, dass von den 250 Maßnahmen mehr als die Hälfte umgesetzt worden sind, doch bleibt die Liste der weiteren Empfehlungen lang (Siehe: Evaluierung des Nationalen Aktionsplans Behinderung 2012–2020 auf der Website des Sozialministeriums).

Derzeit entsteht der neue **NAP Behinderung 2021–2030**.

»Viele von uns haben unglaublich viel Gewalt in Einrichtungen erfahren.«

Auch er war am Eingang der Hofburg. Die Arme der Rollstuhlfahrer waren ineinander gekeilt, sodass die Sicherheitskräfte sich nur mit Gewalt auseinanderreißen könnten. Während die Traube vor dem Eingang immer größer wurde, wollte ein behinderter Mann die Toilette aufsuchen; als sich die Kette an einer Stelle öffnete, reagierten die Sicherheitskräfte schnell, zu schnell für die Aktivisten. Die Blockade war vorbei.

## »Manche glaubten, sie hätten was angestellt«

Die **Lockdowns** haben in Einrichtungen und Wohngemeinschaften für viel Unsicherheit gesorgt.

Die Pandemie hat für viele Menschen mit Behinderungen genau das gebracht, was eigentlich bekämpft gehört: Exklusion. Für Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen und Wohngemeinschaften war bereits der erste Lockdown eine Zeit höchster Unsicherheit. „Es gab wenig Möglichkeiten hinauszu kommen“, sagt Christian Wuschmig, Obmann des Vereins „bunt gemischt“ für die Gestaltung von Freizeitaktivitäten in Korneuburg. Viele Menschen verbrachten ihre Tage nur mehr in ihrem oftmals kleinen Wohnbereich. Über Aufenthaltsräume würden nicht alle Einrichtungen verfügen, so Wuschmig, wiederum andere seien nicht so gestaltet, dass man einen ganzen Tag darin verbringen könnte.

„Es war auch schwer, nachzuvollziehen, was da los ist, warum viele nicht mehr das machen konnten, was sie gewohnt waren.“ Denn Informationen in leichter Sprache zu bekommen war die eine Sache – die Vermittlung die andere. Da sei es etwa wichtig, so Wuschmig, Videos in leichter Sprache aufzubereiten.

Wurden die Maßnahmen während der Pandemie immer wieder aufgelö-

Bei den Ansprachen zeigte sich zumindest ein Redner empört über die Aktion, draußen vor dem Eingang lagen Flugblätter im Matsch. „Wir fragen Sie, was gibt es zu feiern?“, stand darauf zu lesen. Und in Blockbuchstaben: „Es gilt, Versäumtes nachzuholen!“ Vier Jahrzehnte später ist der Aufruf in Großbuchstaben nicht alt geworden.

**Treffen in Ampflwang.** Der Tiroler Erziehungswissenschaftler Volker Schönwiese ist seit Langem behindertenpolitisch aktiv. Früher rief er mit anderen auf Demonstrationen: „Willst du ins Heim?“ Denn das Motto war: „Niemand will ins Heim.“ Der Kampf gegen die Institutionalisierung von Menschen mit Behinderungen sei noch immer „die dominante Forderung“, sagt Schönwiese. Hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch einiges bewegt, muss dennoch mit Nachdruck die Frage gestellt werden: Was hat sich wirklich verändert und verbessert für behinderte Menschen?

Als sich Schönwiese und seine Mitstreiter vor der Hofburg einfanden, gab es keine Niederflerbusse und Rampen, es gab Anstalten, Heime und, so Schönwiese, „ein System der Aussonderung“. In den 1970er-Jahren schwappte jene Atmosphäre von den USA nach Österreich über, die von der Bürgerrechts- und Frauenbewegung genauso geprägt war wie von der Antikriegsbewegung, in der versehene Vietnam-Veteranen aktiv waren. Erste Treffen der entstehenden „Selbstbestimmt leben“-Bewegung

wurden im oberösterreichischen Ampflwang organisiert. „Wir hatten keinerlei Zugänge und Kanäle zur Macht“, sagt Schönwiese, „wir hatten keine Stimme. Viele von uns haben unglaublich viel Gewalt in Einrichtungen erfahren. Wir standen einer mächtigen Behindertenhilfe und Politik gegenüber, die an Wohlfahrt und nicht an Menschenrechten orientiert war.“

Um ihre Ziele zu erreichen, um überhaupt gehört zu werden, begann die Graswurzelbewegung mit Aktionen, die mal mehr, mal weniger Aufsehen erregten (die Hofburg-Blockade schaffte es gerade einmal in die „Volksstim-

me“ und in den ORF). Frauen und Männer in Rollstühlen blockierten Theatergänge und das Konzerthaus, in die sie – aus baupolizeilichen Gründen – nicht hineingelassen wurden. Als das Wiener Apollo-Kino nach umfangreicher Renovierung wieder eröffnet wurde, verteilten Aktivisten Flugblätter: „Auch wir haben den Umbau mit unseren Steuergeldern mitfinanziert – und dürfen jetzt nicht hinein (von sieben Sälen in diesem Kino ist nur ein Saal mit Rollstuhlplätzen ausgestattet).“ Es gab Unterschriftensammlungen und Mahnwachen, Blockaden von Bussen und Straßenbahnen, und insbesondere die Aufarbeitung der Zustände im Schloss (und Institut) Harthaus war ihnen ein zentrales Anliegen. Die Nationalsozialisten ermordeten hier Zehntausende Menschen mit Behinderungen, in der Nachkriegszeit herrschte im Heim ein unerträglicher Alltag: Gewalt und schlimmste Misshandlungen standen auf der Tagesordnung. Eine Strafenaktion des „1. Wiener Krüppeltheaters“, die im Jänner 1983 auf die Zustände aufmerksam machen wollte, ließ die Polizei gar nicht erst beginnen.

**Barrierefreiheit private Sache.** Im Bereich Verkehr hat sich vieles verbessert, da besteht kein Zweifel: Lifte, Niederflerbusse, Rampen, barrierefreier Zugang, zumindest an den großen Schnittstellen. Doch das Thema Barrierefreiheit bleibt ein dunkler Fleck; gerade im Bereich Wohnbau machen Menschen im Rollstuhl in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung aus. Zum einen ist Wohnbau Ländersache, was den Überblick erschwert – was gilt zum Beispiel als barrierefrei? Lediglich eine Rollstuhlrampe? Zum anderen könnten Richtlinien für die Bauordnungen aufgeweicht werden, sagen Betroffene. Ist ein Bauwerk nicht barrierefrei, können Menschen mit Behinderungen Schadenersatz einfordern, doch das Gebäude bleibt freilich so, wie es ist. „Es gibt keine Stelle, die barrierefreies Bauen kontrolliert“, sagt Dorothea Brozek. „Es wird zur privaten Sache jedes Einzelnen.“

sich, die Maskenverordnung, das Schließen der Tagesstätten oder eben die Quarantäne. „Es war eine Katastrophe, wenn das Essen von Leuten in Schutzanzügen vor die Tür gestellt wurde“, so Reisacher. „Die Betreuer sind gar nicht nachgekommen mit dem Erklären.“ Und das ständige Zusammensitzen in geschlossenen Räumen habe nicht selten zu Streitigkeiten geführt, „es hat kein Zusammenhalten mehr gegeben“.

Mit Skypen und Telefonieren haben man sich in der restriktiven Lockdown-Zeit Mut zusprechen können, aber nicht alle Bewohner seien technikaffin. Insgesamt kritisiert Reisacher die sich laufend verändernden Corona-Verordnungen scharf, so habe man im Aufenthaltsraum trotz Abstand eine Maske tragen müssen, aber beim Essen an einem Tisch nicht. Unsicherheiten hätten auch den Arbeits- und Wohnplatz betroffen, sagt Reisacher; man wusste etwa nicht, ob die Finanzierung gesichert sei. Und der Zugang zu psychologischer Unterstützung für Menschen mit Behinderungen habe sich gerade in Zeiten wie diesen nicht erleichtert, sondern erschwert. **DUO**



**Der Tiroler Erziehungswissenschaftler Volker Schönwiese ist seit Jahrzehnten behindertenpolitisch tätig.**

/// Thomas Steinlechner

Die Beraterin und Trainerin Brozek denkt lang nach, um Verbesserungen auszumachen. Sie sagt: „Meiner Wahrnehmung nach ist die öffentliche Darstellung der Lebenssituation behinderter Menschen besser, als es wirklich ist.“ Die Deinstitutionalisierung und in der Folge die Inklusion von behinderten Personen bleibt weiterhin das Ziel der Graswurzelbewegung: Weg von Einrichtungen, wo ein hohes Maß an Anpassung und Fremdbestimmung herrscht, und hin zu persönlicher Assistenz im eigenen Wohnraum. „Vom ganzen Kuchen bekommt das selbstbestimmte Leben den kleinsten Teil“, sagt Brozek. Dabei gehe es nicht darum, Einrichtungen ganz abzuschaffen; vielmehr gehe es um echte Wahlfreiheit.

**Menschen mit Behinderungen waren lange Zeit »ein Weihnachtsthema«.**

So wie das Bauwesen und die Behindertenhilfe ein föderaler Fleckerlteppich sind, wird auch die persönliche Assistenz zu einem Hüdenlauf. Bundesweit gibt es zwar eine Regelung, aber diese betrifft den Anspruch am Arbeitsplatz. „Doch“, sagt Brozek, „was bringt mir die persönliche Assistenz im Büro, wenn ich nicht weiß, wie ich aus dem Bett komme? Das Ministerium zieht sich auf die Argumentation zurück, dass dann die Länder zuständig sind. Es ist so absurd.“

**Hungerstreik im Parlament.** Als Dorothea Brozek mit ihrem Slawistik-Studium begann, war es ihr mit Rollstuhl nicht möglich, einfach zur Vorlesung zu gehen. Tags zuvor musste die Sonderfahrt organisiert werden, und wenn sie vor Ort erfuhr, dass die Vorlesung ausfiel, „musste ich eineinhalb Stunden warten, bis der Fahrer wiederkam“. In die Säle der alten Gemäuer hineinzukommen war dann wieder eine andere Geschichte. „Mit 20“, sagt sie, „macht man vieles, was verrückt ist“. In den 1990ern ließ sie mit Aktivistinnen einen Niederflerbus aus Deutsch-

**1981 – im von den UN ausgerufenen Internationalen Jahr der Behinderten – blockieren Männer und Frauen in Rollstühlen den Eingang zur Hofburg. Auch Kanzler Bruno Kreisky (links im Bild) musste warten.**

/// Luu Firme/bidok



kommt zumindest einmal selbst in die Situation, auf Hilfe angewiesen zu sein, oder ist eingeschränkt mobil oder hat Angehörige, die betroffen sind. Die Aktivistinnen legten ihre Hände in die Wunden der Gesellschaft, sie trugen Themen wie Sexualität, Inklusion vor allem in den Schulen, Euthanasie und Zwangssterilisation in die Öffentlichkeit. Sie erreichten, dass Ende der 1990er-Jahre die Antidiskriminierungsbestimmung in die Verfassung aufgenommen wurde.

Während einerseits seit 1976 der Österreichische Behindertenrat (ÖBR) als Interessenvertreter mit mehr als 80 Mitgliederorganisationen fungiert, bleiben andererseits viele Aktivistinnen in der Graswurzelbewegung aktiv und organisieren ihren Alltag (etwa die persönliche Assistenz) autonom. Die Beziehung zwischen diesen beiden Gruppen war nicht immer frictionsfrei, oft gab es Auffassungsunterschiede, was etwa Sinn und Aufgabe von Einrichtungen betraf.

**Kaum Fortschritte.** Dem ÖBR sind Verschlechterungen in den vergangenen Jahren ebenfalls sehr genau aufgefallen. Die Inklusion an den Schulen geht, wenn überhaupt, nur schleppend voran. Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen sei gestiegen, sagt Michael Svoboda, Präsident des Österreichischen Behindertenrates. Unter anderem diese zwei Punkte sollen daher wesentliche Aspekte des Nationalen Aktionsplans Behinderung (NAP) sein, der in diesem Jahr neu veröffentlicht wird; der erste NAP des Sozialministeriums war von 2012 bis 2020 gültig und als Basis für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 gedacht. Das Resümee des ersten NAP fällt für viele ernüchternd aus. „Es war eine Grundlage für die Weiterentwicklung des Rechts für Menschen mit Behinderungen“, sagt Svoboda, „wie wohl wir wissen, dass es Nachholbedarf gibt“. Themen wie die Deinstitutionalisierung und persönliche Assistenz werde auch der ÖBR im neuen NAP Behinderung forcieren.

Für Volker Schönwiese hat der bisherige NAP eine Verbesserung des Erwachsenenrechtsgesetzes bewirkt, „sonst weiß ich nicht, was ich Positives sagen kann“. Das Vorhaben des ersten NAP, Modellregionen für schulische Inklusion zu entwickeln und auszuweiten, sei im Sand verlaufen. Wohnbau und Barrierefreiheit sei ein weiteres großes Problem.

Überhaupt vermisst Schönwiese, der zum Thema Menschen mit Behinderungen auch wissenschaftlich arbeitet, vor allem Zahlen und Fakten vom Leben und Alltag der Betroffenen, um überhaupt mal einen Status quo bemessen zu können. Wie viele behinderte Menschen leben in Altersheimen? Wie viele Kinder sind in Sonderschulen? Wie viele Gebäude sind barrierefrei? „Es gibt keine validen Zahlen, und wenn, dann sind sie vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sehr schwach. Migrationsberichte haben in dieser Hinsicht eine hohe Exzellenz, aber etwas Vergleichbares gibt es über behinderte Menschen nicht.“

Wie so oft in den vergangenen Jahrzehnten blieb den Betroffenen auch im Bereich Erfassung nur mehr die Selbstinitiative: Am Institut für Erziehungswissenschaften an der Uni Innsbruck gründete Schönwiese Bidok (Behinderung Inklusion Dokumentation), wo die Geschichte der Behindertenbewegung in Österreich nicht nur dokumentiert, sondern auch über die Webseite bidok.at allen zugänglich gemacht wird. Dort beschreibt etwa die Grün-Politikerin Theresia Haidlmayr, wie Spendenaktionen in Form von „Licht ins Dunkel“ lang ihre Arbeit einträchtig hätten: „Es hat uns so begeistert, wir haben das ganze Jahr Integrationsarbeit gemacht, dann ist Weihnachten gekommen und sie haben uns alles zusammengehauen mit dieser Bettelpartei. Am 1. Jänner haben wir von vorn angefangen.“

Zum einen sei das Geld nicht direkt in die Integrationsarbeit geflossen, sondern in aussondernde Einrichtungen, „wo Leute in Werkstätten nichts verdienen und nicht sozial- und pensionsversichert sind“; zum anderen habe man für Einrichtungen Geld gesammelt, Gegenstände, die eine Pflicht und Selbstverständlichkeit sein sollten. „Bevor Manfred (Srb., Anm.) ins Parlament gekommen ist“, so Haidlmayr, „waren Menschen mit Behinderungen ein Weihnachtsthema“.

**Bauwesen, Behindertenhilfe, persönliche Assistenz – ein föderaler Fleckerlteppich.**

Was die öffentliche Wahrnehmung von derartigen Spendenaktionen betrifft, macht ÖBR-Präsident Michael Svoboda einen Paradigmenwechsel aus: „Es ist nicht mehr Almosen sammeln, sondern die Überzeugung, einen Beitrag zur Inklusion zu leisten.“ Die Institutionen und Einrichtungen selbst hätten sich insofern weiterentwickelt, als Rechte von Menschen mit Behinderungen konkret ausformuliert wurden. Betroffene ein Selbstbewusstsein entwickelt hätten. Die Deinstitutionalisierung und damit einhergehend die Wahlfreiheit für Betroffene bleibe jedoch ein Anliegen des Behindertenrates.

Dreh- und Angelpunkt bleibe die Selbstbestimmung, sagt Schönwiese dazu. Auch in einer Einrichtung: Haben die Bewohner ihre eigenen Schlüssel? Haben sie freien Zugang in die Küche? Dürfen sie ohne Erlaubnis Gäste zur Übernachtung haben? Dürfen sie über ihr Geld frei verfügen? Selbst wenn der Trend von großen zu kleinen Einrichtungen und Wohngemeinschaften gehe – substanzielle Fragen wie die oben genannten würden sich überall stellen.

**Nicht zuständig.** „Vranitzky und Hesoun haben uns ständig versprochen, dass wir das Pflegegeld kriegen“, erinnert sich Haidlmayr an die Anfänge des Hungerstreiks im Parlament zurück; passiert sei freilich nichts. Als Minister Josef Hesoun ein paar Vertreter der Hungerstreikenden im Sozialministerium empfing, kam man nicht auf einen grünen Zweig, vielmehr scheint es hitzige Diskussionen gegeben zu haben: „Der hat die Tür zugedroschen in den alten Gemäuern im Sozialministerium, weil wir gesagt haben, wir bleiben“, sagt Haidlmayr: „Ich habe so viel lachen müssen.“

Es war ein langer Prozess, bis die Anliegen der Menschen mit Behinderungen überhaupt ernst genommen wurden. Nach der Hofburg-Blockade fuhr Sozialminister Alfred Dallinger zu den Aktivistinnen, um sie anzuhören, doch habe er zwei Stunden lang erklärt, nicht zuständig zu sein, erinnere sich Teilnehmer. Auch wenn das politische, gesellschaftliche und mediale Interesse damals nicht groß war, zumindest eine konkrete Auswirkung hatte die Blockade: Ein Ministeriumsmitarbeiter, der half, Flugblätter zu verteilen, bekam ein Disziplinarverfahren. **///**